

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

21.10.1930 (No. 245)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: C. U. Menck, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einj. 22,50 RM. ... Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. ...

Amtlicher Teil

Verbot der Versammlungen

unter freiem Himmel

Wie aus dem heutigen Staatsanzeiger zu entnehmen ist, hat der Minister des Innern auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung bis auf weiteres für das Land Baden alle Ansammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel (Umzüge und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen) wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Veranstaltungen gesellschaftlicher oder kirchlicher Art, soweit sie herkömmlich und ohne politischen Charakter sind, werden durch diese Anordnung nicht betroffen.

Anlaß zu dieser Anordnung haben die erheblichen Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gegeben, die in den letzten Tagen im Anschluß an politische Versammlungen an verschiedenen Orten erfolgt sind und deren Wiederholung auch an anderen Plätzen bei den sich immer mehr verschärfenden politischen Gegensätzen zu befürchten ist.

Solche Störungen haben sich bedauerlicherweise auch bei Versammlungen in geschlossenen Räumen zugetragen und eine derartige Ausdehnung angenommen, daß sie nur durch Beiziehung größerer Polizeikräfte beseitigt werden konnten. Da die Polizei hierdurch in einer nicht mehr länger zu vertretenden Weise ihren eigentlichen Aufgaben entzogen wird und es auch nicht verantwortet werden kann, daß die Polizeikräfte über Gebühr und unter Aufwendung erheblicher finanzieller Mittel außerhalb ihrer Standorte verwendet werden, wird bei Wiederholung solcher Vorgänge die Ausdehnung des Verbots auch auf öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen erfolgen müssen.

Einstweilen sind die Bezirksämter angewiesen worden, in diesem Sinne jetzt schon innerhalb ihres Bezirks Versammlungsverbot hinsichtlich öffentlicher Versammlungen in geschlossenen Räumen zu erlassen, falls die Lage der örtlichen Verhältnisse dies als notwendig erscheinen läßt.

Die Polizeibehörden sind angewiesen, das heute erlassene Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel mit allem Nachdruck durchzuführen und auch kleinere Ansammlungen auf Straßen und Plätzen nicht zu dulden.

Sparmaßnahmen der Badischen Staatsregierung

Das Badische Staatsministerium hat unterm 20. Oktober als weitere Sparmaßnahmen folgendes angeordnet:

- a) In den Rechnungsjahren 1930 und 1931 sind bei allen sachlichen Ausgaben des ordentlichen Haushalts sowie bei den Dienstreisen- und Umzugskosten 5 v. H. einzusparen. Ausgenommen sind Ausgaben zur Erfüllung gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen, Beiträge sozialer und karitativer Art und Ausgaben, die nach dem Voranschlag unmittelbar durch eine bestimmte Einnahme ersetzt werden (durchlaufende Posten) oder deren Höhe im Voranschlag ausdrücklich in ein bestimmtes Verhältnis zu einer bestimmten Einnahme gebracht ist. Vorgeschieden ist innerhalb jeder Hauptabteilung die Gesamtkürzung. b) In den Rechnungsjahren 1930 und 1931 freizuerwerbende Stellen dürfen vom Tage der Staatsministerialeinführung an erst nach Ablauf von 3 Monaten vom Tag der Erledigung der Stelle (Freiwerden des Gehalts) ab gerechnet wieder besetzt werden.

Eine Millionenklage gegen das Deutsche Reich. Vor dem Berliner Landgericht I wird ein bemerkenswerter Prozeß verhandelt. Der Reichsverband der Kühlhausindustrie hat nämlich einen Schadensersatzprozeß gegen das Deutsche Reich angestrengt wegen des Gefrierfleischfahrverbots, das im April d. J. in Kraft getreten ist. Die Kühlhausindustrie begründet ihre Klage mit der Behauptung, daß ihr die Regierung im Jahre 1928 erklärt habe, daß vor Ende 1933 auf keinen Fall eine Einschränkung der Gefrierfleischzufuhr vorgenommen werden würde. Deshalb habe sie ihre Anlagen modernisiert. Jetzt ständen die Kühlhäuser leer, und der ganze Betrieb rentiere sich nicht mehr. Der Schaden wird vom Kläger auf ungefähr 40 Millionen Reichsmark geschätzt. Allerdings wurde mit Rücksicht auf die Kosten zunächst nur ein kleiner Teilbetrag eingeklagt.

Rientimp gestohlen. Der in eine schwere Korruptionsaffäre verwickelte ehemalige Zentrumsabgeordnete Rientimp, gegen den ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung und Bestechung schwebt, ist dem „Berl. Lokalanz.“ zufolge nach Straßburg geflüchtet.

Letzte Nachrichten

Grubenkatastrophe im Wurmrevier Bisher 30 Tote, 60 Schwerverletzte - 200 Bergleute eingeschlossen

WAB. NACHEN, 21. Okt. (Tel.) Der Wilhelmshafen der Grube Anna II bei Alsdorf wurde heute früh durch eine Explosion eines Dynamitlagers auf der 200-Meter-Sohle zerstört. Die Explosion verschüttete mehrere hundert Bergleute. Der Förderer wurde umgelegt und mehrere Häuser in Alsdorf zerstört. In der Grube kam ein Sprengstoffmagazin zur Explosion, wodurch die gesamte Anlage über Tag zerstört wurde.

Jede Verbindung nach außen wurde abgeschnitten. An den umliegenden Sieblungsbauten sind zahllose Fensterscheiben zertrümmert und Dächer abgedeckt worden. Sanitätskolonnen und Feuerwehr aus dem ganzen Landkreis Nachen eilten sofort zur Unglücksstelle.

WAB. BONN, 21. Okt. (Tel.) Nach Mitteilungen des Oberbergamtes Bonn von 12.15 Uhr waren bis dahin 30 Tote geborgen, von denen 15 über Tage und 15 unter Tage dem schrecklichen Unglück zum Opfer fielen. Nach polizeilichen Mitteilungen beträgt die Zahl der Schwerverletzten 60, wozu noch eine große Zahl Leichtverletzte kommt, deren Höhe noch nicht festgestellt ist. Es sollen noch 200 Bergleute eingeschlossen sein.

Wie vom Grubenaufsichtsamte beim preussischen Handelsministerium mitgeteilt wird, war der Bergang der Explosionskatastrophe derart, daß die bei der Explosion gebildeten Gase zum größten Teil über Tage getragen wurden. Nach menschlichem Ermessen besteht für die Leute, die noch unter Tage sind, keinerlei Gefahr mehr.

Mitteilungen der Bergbehörden

WAB. NACHEN, 21. Okt. (Tel.) Die Explosion erfolgte um 7.20. Allem Anschein nach handelt es sich um eine Dynamitexplosion. Der gesamte Schächelbau und der darauffolgende Förderer mit den in der näheren und weiteren Umgebung befindlichen Maschinenhäusern, Waschräumen usw. sind eingestürzt. Unter den Bürogebäuden befand sich ein Benzollager, das ebenfalls in die Luft flog und das ganze Gebäude mitriß. Zur Zeit der Explosion waren in dem Gebäude etwa 30 Beamte tätig. Im unterirdischen Betriebe war die ganze Früh- und noch ein Teil der Nachmittags- und Anna I in Alsdorf an den Unglücksort heranzukommen, was gelang. Es gelang auch die Weiterführung wieder in Ordnung zu bringen. Durch die benachbarten Gruben kamen Mannschaften der vom Unglück betroffenen Grube zutage, welche die Verbindung der Gruben untereinander erreichen konnten. Viele davon haben sich sogleich nach Hause begeben, so daß zur Stunde eine Übersicht über die Zahl der Verletzten und der noch Eingeschlossenen fehlt.

Der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister in Stuttgart

WAB. STUTTGART, 21. Okt. (Tel.) Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsfinanzminister Dietrich sind heute Vormittag 9.03 mit dem fahrplanmäßigen Berliner Schnellzug zu Besprechungen mit der württembergischen, der badischen und hessischen Regierung in Stuttgart eingetroffen. In ihrer Begleitung befanden sich der bayerische Ministerpräsident Dr. Gelsb und der württembergische Gesandte in Berlin, Staatsrat v. Bosler. Die Herren wurden am Bahnhof vom Staatspräsidenten Dr. Holz, Ministerialdirektor Glosch und dem bayerischen Gesandten in Stuttgart, Dr. Fischer, empfangen.

Der Direktor des internationalen Arbeitsamts in Berlin

WAB. BERLIN, 21. Okt. (Tel.) Der Direktor des internationalen Arbeitsamts in Genf, Albert Thomas, ist augenblicklich in Berlin. Gestern hat er an dem Kongreß der internationalen Zentralstelle von Verbänden der Krankenassen in Dresden teilgenommen. In Berlin wird Albert Thomas auf dem internationalen Kongreß der Journalisten anwesend sein. Er wird auch dem Reichsarbeitsminister Dr. Eberwald einen Besuch abstatten.

Die Wahlen in Norwegen

WAB. OSLO, 21. Okt. (Tel.) Die Wahlen zum Storting sind im ganzen Lande ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war sehr stark. Soweit feststellbar, haben die Rechtsparteien einen starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Die Arbeiterpartei hat bisher zwei Mandate verloren.

Rudten gegen Fengjussang

WAB. PARIS, 21. Okt. (Tel.) Die Agentur Indopacific berichtet aus Peking: Die Zuhörerschaft forderte Fengjussang und Henshikan zum Verlassen des Landes auf, sonst würden die Truppen zur Säuberung der Provinzen Schansi und Schensi eingesetzt werden.

Wirtschaftliche Wunschträume

Die Anträge der Nationalsozialisten

Zu den wirtschaftspolitischen Anträgen der Nationalsozialisten im Reichstag wird uns geschrieben:

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat eine Reihe von Anträgen eingebracht, die zur Behebung der wirtschaftlichen Not dienen sollen. Sie betreffen die Zinshöhe, die Kapitalflucht und die Börsengeschäfte. Während diese Anträge wenigstens äußerlich noch den Anschein der Sachlichkeit haben, sind die weiteren Anträge auf Enteignung der Börsenfürsten, der Juden usw. rein politisch-agitatorischer Art. Sie sollen daher hier nicht weiter besprochen werden. Die Sentung der Zinsen dagegen ist ein Problem, mit dem sich alle Wirtschaftskreise ernsthaft beschäftigen und die, wenn sie verwirklicht werden könnte, der Wirtschaft eine große Erleichterung bringen würde. Die Frage ist nur, wie man diese Zinsverbilligung erreichen kann. Es ist sehr naiv, dies einfach durch Verordnung machen zu wollen. Wenn Verordnungen und Gesetze helfen könnten, dann müßte Deutschland das glücklichste Land der Welt sein.

Der Preis für Geld und Kapital - also der Zins - richtet sich wie die Warenpreise nach Angebot und Nachfrage. Dazu kommt jedoch zum Unterschied gegenüber dem Warenmarkt die Frage der Sicherheit, und zwar sowohl der allgemeinen Sicherheit wie auch der „Bonität“ des Schuldners. Geringere Sicherheit muß mit höheren Zinsen bezahlt werden. Wer also einen billigeren Zinsfuß herbeiführen will, muß 1. das Geld- und Kapitalangebot, 2. die Sicherheit für das angelegte Kapital vergrößern. Nun kann eine Regierung zwar nicht für den einzelnen Schuldner haften, wohl aber kann sie das Risiko für den Kapitalgeber dadurch verringern, daß sie für unbedingten Rechtsschutz garantiert, und daß sie keine gesetgeberischen Maßnahmen befürchten läßt, die einen ganzen oder teilweisen Kapitalkonfiskation gleichen. Die jüngste Erhöhung des Reichsbankdiskontes von 4 auf 5 Proz. ist eine unmittelbare Folge der politischen Beunruhigung durch den Wahlausgang und eine Anzahl von Brandstößen. Die Nationalsozialisten haben also bis jetzt nur das Gegenteil ihrer Anträge erreicht. Sie haben die wirtschaftliche Abnormität zumege gebracht, daß zu einer Zeit sinkender Konjunktur die Geldsätze steigen und nicht umgekehrt.

Die Reichsbank betrachtet die Niedrighaltung der Zinssätze als ihre vornehmste Aufgabe. Sie hat auch seit mehr als einem Jahr die Sätze ständig ermäßigt, allerdings im Zusammenhang mit der internationalen Geldlage. Diese Reichsbankpolitik hat aber auch gezeigt, wie sehr Deutschland mit dem internationalen Verkehr verflochten und auf das internationale Kapital angewiesen ist. Ein Vorgang der allerletzten Zeit hat dies deutlich gezeigt. Deutschland hat jetzt mit einer internationalen Gruppe von Banken einen Überbrückungskredit in Höhe von 125 Mill. Dollar abgeschlossen, der allein es ermöglicht, daß die Beamtenegehälter ausgezahlt und die sonstigen Staatsausgaben voll gedeckt werden können. Dieser Kredit kommt auf 6 Proz. zu stehen. Wenn also der nationalsozialistische Antrag auf Festsetzung eines Höchstzinsfußes von 4 Proz. auch im Reichstag einstimmig angenommen worden wäre, so wäre dieser Kredit um kein Jota billiger geworden. Er wäre im Gegenteil wahrscheinlich überhaupt nicht zustande gekommen, und damit wären unübersehbare Folgen eingetreten.

Bei einer Höchstzinsfestsetzung würden wir in Deutschland, solange es in der Kapitalversorgung vom Ausland abhängig ist, zweierlei Zinssätze haben, nämlich für Geld und Kapital, das vom Ausland kommt und hochverzinslich und für solches aus inländischen Quellen, das niedrig verzinslich ist. Wer inländisches Geld bekommt, ist also seinen Konkurrenten gegenüber im Vorteil. Nach welchen Gesichtspunkten nun soll das niedrig verzinsliche Geld ausgeliehen werden? Wie steht es mit den bisher abgeschlossenen Anleihen? Auslandsanleihen kann man nicht auf einen niedrigeren Zinsfuß konvertieren, wenn der Gläubiger nicht damit einverstanden ist. Es wäre dies, wie es ja vielfach geschehen ist, nur dadurch möglich, daß man dem Gläubiger, für den Fall, daß er sich nicht mit der Zinsherabsetzung einverstanden erklärt, die Kapitalrückzahlung anbietet. Zu letzterem ist aber Deutschland nicht imstande. Bei inländischen Gläubigern wäre die Zinsherabsetzung theoretisch wohl möglich, vorausgesetzt, daß der Antrag Dreiviertelmehrheit im Reichstag erringen würde, da er wohl als verfassungsändernd (Garantie des Privateigentums) angesehen werden dürfte. Praktisch würde sich dies aber in einem starken Rückgang des Kapitalangebots äußern. Während bei freiem Zinsenmarkt ein Ausgleich zwischen den Kapitalbildenden und den Kapitalverbrauchenden Wirtschaftsteilen stattfindet, würde nunmehr eine völlig unwirtschaftliche Kapitalverwendung eintreten. Erübriges Kapital würde entweder im eigenen Betrieb verwendet, auch wenn es sich dort kaum verzinst oder es würde verbraucht werden. Die Kapitalflucht ins Ausland würde noch mehr zunehmen, weil der Zinsverlust, der jetzt schon in Kauf genommen werden muß, verschwinden würde. Die Maßnahmen, die von den Nationalsozialisten gegen die Kapitalflucht vorgeschlagen werden, sind ja von vornherein zur Unwirksamkeit verurteilt.

Gibt es nun kein Mittel, die Zinsen zu verbilligen? Das ist sehr wohl möglich, doch geht es nicht mit dem Säbel oder mit Paragrafen. Wie schon bemerkt, wird die Zinshöhe, neben dem Verhältnis von Angebot zur Nachfrage von der Sicherheit für das hingegebene Kapital beeinflusst. Stabilisierung der Verhältnisse in Deutschland, Beseitigung der Rechtsunsicherheit und der Gefahr wirtschaftlicher Experimente mit politischem Hintergrund wird sich also ohne weiteres in der Zinshöhe auswirken. Den Beweis aus dem Gegenteil haben wir ja jetzt verspürt. Eingeleitet werden kann auch an einer Verknäuerung der Zinsspanne, also des Unterschiedes der

Zinsen, den die Banken ihren Einlegern bezahlen, und den sie selbst von ihren Schuldnern fordern. Diese Spanne ist oft ganz unangehörig. Aber auch hier sind zum Teil die wirtschaftlichen Verhältnisse schuld. Die großen Debitorenverluste infolge der vielen Zahlungseinstellungen zwingen die Banken dazu, in die Zinsfrage eine erhöhte Risikoprämie einzufaktulieren.

Aber auch von der Angebotsseite aus ist eine Zinsverbilligung möglich durch die Förderung der Kapitalbildung. Dazu ist erforderlich, daß der Ertrag der Volkswirtschaft nicht mehr auf dem Wege über die Steuern zu unwirtschaftlichen Ausgaben verwendet, sondern der Verbesserung der Produktion dienlich gemacht wird.

Zu den „bankpolitischen“ Anträgen der Nationalsozialistischen Partei nimmt im „Bankarchiv“ Dr. von Stauß, M. d. N. (D. Rp.), Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Discontogesellschaft, in einem Aufsatz über die finanz- und wirtschaftspolitischen Aufgaben des neuen Reichstags wie folgt Stellung:

Die bestehende Vertrauenskrise kann allerdings eine betragsmäßige Verschärfung erfahren, wenn in Anträgen politischer Parteien das Privateigentum und sonstige private Rechte bedroht werden und wenn diese Beunruhigung durch unüberlegte gesetzgeberische Vorschläge verstärkt wird, welche an die Grundlagen der deutschen Kreditwirtschaft rühren und damit an die Grundpfeiler der Wohlfahrt des Landes und seiner produktiven Stände. Möge nicht vergessen werden, daß verstärkter politischer Einfluß auch verstärkte Verantwortung für alles Unheil in sich schließt, welches schon allein dadurch entstehen kann, daß solche Anträge vielleicht da oder dort im Inland oder Ausland ernst genommen werden, obwohl kaum ein einsichtiger Mensch ihre Verwirklichung für möglich hält.

Die Lage im Berliner Metallkonflikt Der Reichsarbeitsminister sondiert

Die Entscheidung des Reichstags, in der der Reichsarbeitsminister ersucht wird, den Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie nicht für verbindlich zu erklären, hat eine neue Lage geschaffen. Im Reichsarbeitsministerium ist die Frage geprüft worden, welche juristische Bedeutung dieser Beschluß hat. Man ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß er keine gesetzgeberische Kraft hat. Auf der anderen Seite steht der Reichsarbeitsminister aber auf dem Standpunkt, daß er einen mit Mehrheit zustande gekommenen Beschluß des Reichstags nicht einfach ignorieren kann, besonders, da die ganze Frage nicht nur von der juristischen, sondern auch von der politischen und wirtschaftlichen Seite aus angesehen werden muß.

Es sind deshalb Sondierungen eingeleitet worden, durch die der Reichsarbeitsminister sich zunächst einmal über den Standpunkt und die Wünsche der beiden Parteien informieren will, um festzustellen, wie weit doch die Möglichkeit besteht, eine Lösung herbeizuführen, die beiden Seiten, wenigstens zum Teil, gerecht wird.

Die Aussichten einer Einigung werden jedoch recht skeptisch beurteilt, besonders von den Arbeitgebern, die erklären, daß die in der Presse aufgetauchte Möglichkeit einer Verschiebung der ganzen Frage bis zum Ende des Jahres für sie nicht in Frage komme. Auch eine Verringerung der Lohnsenkungsspanne, von etwa 8 und 6 auf 6 und 5 Prozent, sei höchstens dann akzeptabel, wenn die Gewerkschaften von sich aus einen solchen Vorschlag machen. Da die Metallarbeiterverbände aber im Augenblick gegen jede Lohnherabsetzung überhaupt sind, ist die Lösung noch nicht abzusehen.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags

hat Montag nachmittag unter dem Vorsitz des nationalsozialistischen Abg. Dr. Fricke zu seiner ersten Sitzung zusammen.

In einer Geschäftsordnungsdebatte verhandelte man sich darüber, zunächst die letzte Völkerbundstagung in Genf zu prüfen und dann die vom Plenum des Reichstags dem Ausschuss überwiesenen Anträge zu behandeln, die den Youngplan betreffen; es handelt sich hier um Anträge, die die sofortige Einstellung der Zahlungen nach dem Youngplan verlangen, und um solche Anträge, die nur die Inkraftsetzung der Moratoriumsklausel oder sonstige auf die Revision des Planes bezügliche Schritte der Regierung fordern. Zunächst erstattete Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius ein ausführliches Referat über die letzte Völkerbundstagung in Genf. Beschlüsse wurden in der Sitzung nicht gefaßt. Am 20. Oktober wird der Ausschuss die Anträge zum Youngplan behandeln.

Der Ausschuss hat 28 Mitglieder. Davon entfallen auf die Sozialdemokraten 7, die Nationalsozialisten 6, die Kommunisten 4, das Zentrum 3, Die Nationaldemokraten 2, Deutsche Volkspartei 1, Landvolk 2, auf die Wirtschaftspartei 1, auf die Christlich-Sozialen 1, auf die Bayerische Volkspartei 1. Bemerkenswert ist, daß infolge der Schließung des Landvolks im Auswärtigen Ausschuss einen Abgeordneten mehr als die Deutsche Volkspartei erhält, obwohl das Landvolk mit Einschluß der deutschen Bauern noch um zwei Mitglieder kleiner ist als die Deutsche Volkspartei.

Die Reichstagsfraktion Deutsches Landvolk hat erneut Einspruch gegen die Vertagung des Reichstags erhoben und beim Reichspräsidenten sofortige Einberufung des Reichstags gefordert, da der Reichstag eine Reihe wichtiger Forderungen der Landwirtschaft zur Behebung der wachsenden Agrarnot unerledigt gelassen habe.

Ein Antrag der Wirtschaftspartei zum kleinen Grenzverkehr. Die Wirtschaftspartei hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, wonach die Reichsregierung ersucht werden soll, mit den Staaten, mit denen Verträge über den kleinen Grenzverkehr abgeschlossen sind, wegen Einschränkung des kleinen Grenzverkehrs mit Lebensmitteln unverzüglich in Verhandlungen zu treten. Ferner soll mit Nachdruck darauf hingewirkt werden, daß die Bestimmungen der tariflichen Anmerkungen streng beachtet werden.

Im Lohnstreit in der Berliner Metallindustrie haben die Arbeitnehmer den Schiedspruch des Sonderrichters vom 10. Oktober 1930 abgelehnt, die Arbeitgeber haben ihn angenommen und seine Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Ergebnislose Verhandlungen im Ruhrbergbau. Die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Bergarbeiterverbänden über die Arbeitszeitabkommen im Ruhrbergbau sind, wie aus Offen gemeldet wird, ergebnislos verlaufen.

Dr. Adam Karillon, der in Wiesbaden lebende 77jährige Dichter aus dem Oberrhein, feierte dieser Tage mit seiner Gattin das Fest der goldenen Hochzeit. Als ihren Ehrenbürger bedachten ihn die beiden Gemeinden Weinheim und Waldmühlbach mit großen Blumensträußen. Aus der großen Zahl der Glückwunschkarten sind zu nennen die Glückwünsche des ehemaligen Großherzogs Ernst Ludwig von Hessen, vom hessischen Kultusministerium, vom Reichspräsidenten von Hindenburg und jene verschiedener Burgherrschaften.

Reparationen und Kriegsschulden Die Diskussion in Amerika und England

WTB. London, 21. Okt. (Tel.). Die Blätter geben eine Erklärung des Vorsitzenden des Senats- und Währungsanschlusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, Mr. Tamm, wieder, in der er für eine Verminderung der deutschen Reparationsangelegenheiten oder für eine Suspension der Zahlungen sowie für eine „größtmögliche Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber den Alliierten“ eintritt.

„Financial News“ sagt in einem Leitartikel: Wenn sich auch vieles zugunsten des Planes Mr. Tammens sagen läßt, ist es doch äußerst zweifelhaft, ob seine Landsleute und ihre Vertreter im Kongress sich schon klar darüber sind, ein wie großes Hindernis für die Erholung des amerikanischen Ausfuhrhandels der Strom der Reparationszahlungen bildet. Wenn die Zustimmung des Kongresses zu einem solchen Plan fehlt, hat eine günstige Stellungnahme Mellons und der Regierung wenig Wert. Angesichts der jetzigen Unpopularität des Präsidenten Hoover wird diese günstige Stellungnahme vielleicht sogar die Kongressmitglieder daran hindern, sich mit dem Plan anzufreunden.

„Financial Times“ schreibt: Den Erörterungen des Problems der Schulden in Amerika darf im Augenblick keine zu große Bedeutung beigemessen werden, und vielleicht wird es auch für politisch zweckmäßig gehalten werden, sie zu demontieren. Aber gewisse Einzelheiten des gemeldeten Planes machen den Eindruck eines Anfangs ernstlicher Erörterungen. Es wird nur die Möglichkeit eines Moratoriums für die alliierten Schuldzahlungen ins Auge gefaßt; vielleicht würde das für den Anfang genügen. Die öffentliche Meinung sollte schon auf die Möglichkeit vorbereitet sein, daß Deutschland früher oder später in die Lage kommt, seine Reparationsverpflichtungen nicht erfüllen zu können. Die Kriegs- und Reparationsschulden stehen der Erholung der Welt im Wege.

WTB. Washington, 21. Okt. (Tel.). Die amerikanische Presse gibt zu, daß Deutschlands Reparationslast durch die Weltdepression ungebührlich erhöht werde, und zeigt Verständnis dafür. Allerdings wird darauf hingewiesen, daß bei der gegenwärtigen amerikanischen Finanzlage, die angesichts des hohen Steuerausfalls die Heranziehung eines Teiles der alliierten Schuldzahlungen zur Ausbalancierung des Bundesbudgets erzwungen seit dem Weltkrieg erforderlich macht, jede Verminderung dieser Einkünfte eine Mehrbelastung des durch die Depression der letzten 10 Monate ohnehin schwer betroffenen Steuerzahlers bedeuten würde. Deswegen wird in politischen Kreisen bei allem Wohlwollen für die deutschen Probleme jede Erörterung der Frage einer etwaigen Revision der alliierten Kriegsschulden strikte abgelehnt.

Die französische Presse

WTB. Paris, 21. Okt. (Tel.). Die französische Presse schenkt den aus Amerika kommenden, teilweise mit der Anwesenheit Dr. Schachts in den Vereinigten Staaten in Zusammenhang gebrachten Berichten über die Möglichkeit eines Moratoriums für die Reparationszahlungen oder gar die Möglichkeit einer Revision der interalliierten Schulden größte Beachtung, beschränkt sich aber größtenteils auf die sachliche Wiedergabe derartiger Meldungen.

„Journal“ fragt: Sollte Amerika daran denken, die Schulden zu streichen? Man muß feststellen, daß die Schwierigkeiten der republikanischen Regierung am Vorabend der Wahlen vom 11. November durchaus ein Grund sind, einen großen Coup zu führen, und könnte Hoover einen größeren Schlag führen als der Geschäftswelt die Aussicht auf eine endgültige Schlichtung der aus dem Krieg sich ergebenden Weltverflechtungen zu bieten? Die amerikanische Finanz ist auch zu eng mit der deutschen Finanz verflochten, daß man sich in Amerika über die Schwierigkeiten Deutschlands nicht sehr erregt hätte.

„Figaro“ erklärt, wenn England auch ein offenkundiges Interesse daran hat, eine Neuordnung des Washingtoner Abkommens zu befürworten, gilt das gleiche nicht für Frankreich. Für die französische Regierung, deren Schulden bei Amerika durch den Youngplan gedeckt werden und die einen Überschuss für ihre Wiederaufbaugelände erhält, würde das ein schlechtes Geschäft bedeuten, vor allem, wenn der Youngplan die Kosten einer derartigen Regelung tragen sollte.

Kurze Nachrichten

Beleidigung des Reichspräsidenten. Im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Kundgebung in Melrow im Kreis Niederbarnim im Mai dieses Jahres, bei der ein Bild des Reichspräsidenten von den Teilnehmern zerissen und verbrannt worden war, ist wegen Teilnahme an dieser Tat ein gewisser Güns in Gottesberg in Niederhessen verhaftet worden.

Der Besuch des Prinzen Takamatu in Deutschland hat zu einem freundschaftlichen Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser von Japan und dem Reichspräsidenten geführt.

Amnestiegesetz und Reichsrat. Das preußische Kabinett dürfte sich, wie das „V. L.“ berichtet, heute über seine Stellungnahme zu dem Amnestiegesetz schlüssig machen, das vom Reichstag mit Zweidrittelmehrheit angenommen worden ist und wird das formal der Einspruch des Reichsrates zulässig ist. Wird Einspruch erhoben, so könnte der Reichstag das Gesetz mit einem neuen Zweidrittelbeschluss trotzdem in Kraft setzen.

Groener antwortet von Oldenburg-Januschau. Da durch die Vertagung des Reichstages Reichsminister Groener nicht mehr die Möglichkeit hatte, vor dem Reichstage die unerhörten Angriffe des Abgeordneten von Oldenburg-Januschau zurückzuweisen, so wird der Reichsminister, wie die Blätter berichten, an den Abg. von Oldenburg-Januschau einen Brief richten, in dem er die erhobenen Angriffe zurückweisen wird.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat am Montag den Abgeordneten Dr. Dingelby zum stellvertretenden Parteivorstand gewählt. Damit führt Dr. Dingelby während des Urlaubs des Abg. Dr. Scholz nicht nur die Reichstagsfraktion, sondern auch die Parteigeschäfte.

Die sechs völkernationalen Reichstagsabgeordneten haben zu der Aufforderung der Staatspartei, ihre Mandate niederzulegen, eine Erklärung abgegeben, in der es heißt, daß der Wahlvorschlag folgende Bezeichnung trug: „Deutsche Staatspartei (Deutsch-Demokratische Partei, Völkernationaler Reichsvereinigung und verwandte Gruppen)“, und daß weite Teile der Demokraten diesem Wahlvorschlag ihre Stimme nicht gegeben hätten. Der „Demokr. Zeitungsb.“ sagt dazu, die sechs Abgeordneten seien nur mit Hilfe der Demokraten in den Reichstag gekommen, sie hätten bei der Sprengung der Staatspartei ihre Wähler nicht einmal gefragt.

General Wepler †. In Madrid ist der als spanischer Militärgouverneur von Kuba bekannt gewordene spätere Chef des Generalstabs, General Wepler, 91 Jahre alt, gestorben.

Schacht zum Reparationsproblem Die Lage des deutschen Volkes

WTB. New York, 20. Okt. (Priv.-Tel.). Dr. Schacht hielt vor etwa 600 Personen in der Foreign Politic Association einen Vortrag über die ökonomischen Zusammenhänge und Auswirkungen des Youngplans, indem er u. a. erklärte:

Die Frage der Annuitäten werde in kürzester Zeit als eines der ernstesten Probleme erkannt werden, da die deutsche Arbeiterklasse einzusehen beginne, daß die Aufbringung der Reparationen ihren Lebensstandard empfindlich beeinträchtigt. Das Transferproblem sei nicht zu lösen, wenn nicht die anderen Länder Deutschland einen größeren Anteil am Weltmarkt einräumten. Durch Anleihen und Kredite werde das Problem nur immer ernster, da Deutschland unter allen Umständen die Ansprüche seiner privaten Geldgeber respektieren werde und sie nicht durch immer erneute Zahlungen an seine politischen Gläubiger gefährden dürfe. Die Tatsache, daß der Youngplan die Möglichkeit biete, den beratenden Sonderausschuß der V. J. jederzeit einzuberufen, auch ohne daß eine sofortige Einstellung der Zahlungen erfolge, gebe die Möglichkeit, eine friedliche Lösung herbeizuführen, ohne die Weltwirtschaft in Unruhe zu versetzen. Das deutsche Volk könne nicht mehr tun, als die Welt über seine wahre Lage aufzuklären.

Selbst antwortet Hervé

WTB. Hamburg, 21. Okt. (Tel.). Der erste Bundesführer des Stahlhelms, Selbde, nahm gestern Abend in einer Massenversammlung des Stahlhelms in Hamburg Gelegenheit, auf den bekannten Appell Hervés zu antworten. Er führte dazu u. a. aus:

Diese ungeforderte Erklärung eines Gegners, eine deutsch-französische Verständigung zu versuchen, ist eine Auswirkung, die wir mit Ernst notieren. Wir sind nicht bereit, überall zu antworten. Wir werden uns überlegen, was wir antworten. Aber wenn die Welt zur Erkenntnis kommt, welcher Irrsinn in dem Versailleser Friedensvertrag liegt, wenn sie bereit ist, deutschem Lebensrecht Genüge zu geben, dann sind wir bereit, mit dieser Welt zu sprechen. Dann mag an die Stelle des Wortes „Proletariat aller Länder vereinigt Euch“ ein besseres und stärkeres Wort künftig lauten: „Frontsoldaten aller Länder seht Euch zusammen und ordnet diese zerquetschte Erde.“ Wir werden gern mit den ehemaligen Kämpfern und Feindern zusammenkommen.

Der Redner wiederholte nochmals das Wort seiner Koblenzer Rede, daß die ganze Arbeit des Stahlhelms darauf abgestellt sei, für den Sieg des deutschen Rechts und des wahren Friedens auf der Erde zu sorgen.

Aus den Ländern

Aus dem Preussischen Landtag

Man hat das neue „Verwaltungsstatut für die Hauptstadt Berlin“, das der Preussische Landtag in seiner Montagssitzung nach durchgeführter erster Lesung in den Gemeindevorschuss überwies, die „lex Marx“ genannt, weil die Vorlage im Anschluß an jene Vorgänge in der Berliner Stadtverwaltung auftauchte, die um den Namen Marx sich gruppieren. Innenminister Dr. Baentis, der das Gesetz einbrachte, widersprach dieser Auffassung, mit der Bemerkung, daß schon lange bevor die Reform der Verwaltung Berlins als notwendig erkannt wurde. Der Minister schiederte dann den sachlichen Inhalt des Gesetzesentwurfes.

Die Debatte erbrachte ein Echo der Feststellung des Ministers, daß alle Parteien im Berliner Stadtparlament das Gesetz in seiner jetzigen Form abgelehnt haben. Selbst die Regierungsparteien, von denen Sozialdemokraten und Zentrum das Wort haben, äußerten Bedenken und wünschten Zurückstellung der Vorlage bis zur allgemeinen Selbstverwaltungsnovelle. Angenommen wurde ein völkernationaler Antrag, ein Gutachten einzuholen. Der Hauptausschuß des Landtags hat einen Antrag auf Dänenförmung um 20 Prozent angenommen. Dieser Antrag und die Abstimmung über die Landtagsauflösung werden das Programm der heutigen Dienstsitzung bilden.

Einberufung des Braunschweigischen Landtags verlangt. Die sozialdemokratische Fraktion des Braunschweigischen Landtags hat auf Grund des Art. 20 der Landesverfassung die sofortige Einberufung des Landtags verlangt und eine Große Anfrage zu der Angelegenheit Dr. Franzen eingebracht. Die Anfrage gliedert in folgenden Punkten: 1. Ist Minister Dr. Franzen bereit, sein Amt niederzulegen oder wenigstens bis zur Entscheidung des Strafverfahrens sich aller Dienstgeschäfte zu enthalten? 2. Welche Folgerungen genügt das Staatsministerium aus dem Verhalten des Ministers Dr. Franzen zu ziehen? — Dem Nationalsozialisten Dr. Franzen, der in schnellem Sprung vom Amtsrichter, als er kaum Mitglied der Hitler-Partei geworden war, zum Justizminister befördert worden ist, wird bekanntlich falsche Aussagen gegenüber der Berliner Polizei vorgeworfen; dabei handelte es sich um eine Preisfahrkarte eines Landtagsabgeordneten, die in falschem Besitze war.

Fricke Ministeramt. Die thüringische völkernationalistische Presse gibt Fricke zu verstehen, daß er als Minister in Thüringen abtreten möchte, weil er als Vorsitzender einer 107 Mann starken Reichstagsfraktion keine Zeit mehr habe, sich um die Regierungsgeschäfte in Thüringen zu kümmern. Fricke ist in den letzten Sitzungen der Thüringer Regierung nicht mehr anwesend gewesen.

Kleine Chronik

Auf einen Hamburger Journalisten, den Gerichtsberichterstatter eines Blattes, gab am Montagmorgen ein junger Mann mehrere Schüsse ab. Es handelt sich um Patronen, die Trennung enthielten. Ein 17jähriger Mauerlehrling, der im Verdacht steht, der Täter zu sein, wurde verhaftet. Der Journalist hatte im Zusammenhang mit seiner Berichterstatter-tätigkeit bereits seit einiger Zeit Drohbriefe erhalten.

Ein mit Arbeitern vollbesetztes Lastauto stieß in Tourcoing (Frankreich) gegen eine Fabrikmauer. Dabei wurden 20 Arbeiter verletzt, 8 davon schwer.

Bei Lüttich (Belgien) ist ein französisches Militärflugzeug abgestürzt. Die beiden Insassen, Offiziere, sind tot.

Die amerikanischen Kapitalanleger stehen in Gefahr, etwa 1.200.000 Pfund Sterling durch die Tätigkeit eines Finanzmannes zu verlieren, der seit der vorigen Woche ermittelt wird. Der stellvertretende Almoner-General bezeichnet die Verluste des Publikums als die größten je dagewesenen. Er teilte mit, daß gegen den vermissten Finanzmann das Verfahren wegen Meineids und Betrugs eröffnet werden wird. Der Fall hat in Finanzkreisen großes Aufsehen hervorgerufen. Der Finanzmann ist in der vergangenen Woche im Flugzeug nach Chicago abgeflogen, und man hat seitdem nichts mehr von ihm gehört.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 37 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes enthält eine Verordnung des Staatsministeriums über Vollzug des zweiten Abschnittes der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 über Gemeindebesteuer, Gemeindegetränksteuer und Bürgersteuer sowie eine Bekanntmachung des Justizministers betr. die Bildung weiterer Standesamtsbezirke der Stadt Mannheim.

Die Neue Badische Landes-Zeitung konnte — wie mitgeteilt — in diesen Tagen das Jubiläum 75jährigen Bestands begehen und hat aus diesem Anlaß eine inhaltsreiche Festnummer auf 100 Seiten erscheinen lassen, die in gleicher Weise durch lebendigen redaktionellen Inhalt wie durch einen ausgezeichneten Anzeigenteil auffällt. Die Verbundenheit der Stadt Mannheim und des badischen Landes mit der Jubilarin kommt in dieser starken Zeitungszahl so recht zum Ausdruck. Ein Stück Mannheimer Stadtgeschichte wird in diesen Blättern lebendig gemacht.

D3. Heidelberg, 20. Okt. Als im August der „Jepp“ über Heidelberg flog, stürzte die 12jährige Friedel Karch zum Haus hinaus, um den Zeppelin zu sehen und wurde dabei von einem Auto überfahren und schwer verletzt. Sie wurde nunmehr kürzlich zu einem Freiflug für die Fahrt des Zeppelins von Mannheim nach dem Bodensee eingeladen. Leider ist die kleine Zeppelfreundin noch immer bettlägerig und mußte so auf die gestrige Fahrt verzichten, doch soll sie nach völliger Genesung eine andere Fahrt mit dem Zeppelin machen.

bl. Lauda, 21. Okt. Mit der schon längst als notwendig empfundenen Überdachung des hiesigen Bahnsteigs soll demnächst begonnen werden. Zunächst wird nur der 1. und 3. Bahnsteig überdacht.

bl. Dühren (bei Sinsheim), 18. Okt. Die Gemeinde Dühren hat ihren berühmten Sohn, den Historiker Dr. Karl Schumacher, anlässlich seines 70. Geburtstages durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechts geehrt. Schumacher ist damit beschäftigt, eine Chronik des Heimatortes auszuarbeiten, die sehr interessant und wertvoll werden dürfte. Denn Dühren ist als älteste Siedlung im Kraichgau bekannt.

D3. Bad Dürkheim, 19. Okt. Mit dem Abbruch der alten Siedehäuser ist begonnen worden, um Platz für das neue Salinenwerk zu schaffen. Der Neubau wird unzweifelhaft sich wirksam in das Landschaftsbild einpassen und somit zur Verschönerung des Kurortes beitragen.

D3. Bonndorf (Schwarzwald), 20. Okt. Heute morgen gegen 4 Uhr brach im Gasthaus „zum Sonntag“ Feuer aus, dem das ganze Anwesen außer dem angebauten alten Teil zum Opfer fiel. Fünf Familien mit 17 Kindern sind obdachlos geworden.

worden. Der Gastwirt August Morath wurde bereits vor drei Wochen von einem Brand heimgesucht, der jedoch in seinen Anfängen erstickt werden konnte. Als der Tat verdächtig wurde feinerzeit das 17jährige Dienstmädchen Moraths verhaftet. Sie hat bereits eingestanden, den damaligen Brand gelegt zu haben. Die jetzige Brandursache ist noch unbekannt.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung werden hiermit bis auf weiteres für das Land Baden alle Ansammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel (Umzüge und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen) wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Veranstaltungen gesellschaftlicher oder kirchlicher Art, soweit sie herkömmlich und ohne politischen Charakter sind, werden durch diese Anordnung nicht betroffen.

Karlsruhe, den 21. Oktober 1930.
Der Minister des Innern:
Witte mann.

Bekanntmachung
Börseneinführung der 7prozentigen Gold-Hypotheken-Pfandbriefe Reihe 3 der Badischen Kommunalen Landesbank.

Auf Grund des § 40 des Börsengesetzes vom 27. Mai 1908 und der badischen Verordnung vom 17. November 1908 über den Vollzug des Börsengesetzes wird angeordnet, daß es für die mit Staatsgenehmigung vom 18. Juli 1930 von der Badischen Kommunalen Landesbank — Girozentrale —, Öffentliche Bank- und Pfandbriefanstalt in Mannheim, ausgegebenen 7prozentigen Gold-Hypotheken-Pfandbriefe (Reihe 3) im Betrag von 5 Millionen Reichsmark bei der Einführung an der Mannheimer Börse der Einreichung eines Prospektes nicht bedarf.

Karlsruhe, den 20. Oktober 1930.
Der Minister des Innern:
Witte mann.

Bekanntmachung
Deutsche Hochschulstatistik.

Die von sämtlichen Deutschen Hochschulverwaltungen herausgegebene Deutsche Hochschulstatistik für das Sommersemester 1930 ist erschienen. Auf das bei Stuppe & Bindler, Berlin W 35, Potsdamer Str. 106, verlegte Werk wird hingewiesen.

Karlsruhe, den 14. Oktober 1930.
Der Minister des Kultus und Unterrichts:
J. B.: Dr. Huber.

Erste juristische Prüfung im Spätjahr 1930.
Auf Grund der im Spätjahr 1930 abgelegten ersten juristischen Prüfung sind folgende Rechtskandidaten zu Referendaren ernannt worden:

Bauer Vera aus Samarland, Binder Walter aus Karlsruhe, Bloch Ernst aus Frankfurt a. M., Blum Adolf aus Karlsruhe, Blum Franz aus Gengenbach, Blum Rolf aus Freiburg, Brandstetter Einar aus Offenburg, Daube David aus Freiburg, Emanuel Eugen aus Obriheim, Falter August aus St. Margen, Fischer Karl aus Mundingen, Florig Johannes aus Mannheim, Gaa Valentin aus Pfaltzstadt, Gantert Franz aus Freiburg, Giebel Franz aus Schloßau, Goll Walter aus Mannheim, Dr. Heerwagen Werner aus Horajo, Herbold August aus Mannheim, Kasper Josef aus Grafenhausen, Kaiser Robert aus Strahburg, Kern Walter aus Mannheim, Kleiner Alfred aus Konstanz, Klein Josef aus Konstanz, Kottmann Friedrich aus Melsungen, Laier Wilhelm aus Basel, Laule Heinrich aus Mannheim, Mallebrin Alfred aus Freiburg, Merfert-Otho heiser Otto aus Wargen, Morstadt Fritz aus Strahburg, Nau Kurt aus Tauberbischofsheim, Nieß Otto aus Schopfheim, Schrade Werner aus Mannheim, Schulz Johanna aus Freiburg, Semar Ludwig aus Freiburg, Stehle Alfons aus Wehr, Veith Hermann aus Offenburg, Wirth Gerhart aus Mannheim.

Karlsruhe, den 18. Oktober 1930.
Der Justizminister:
J. B.: Schmidt.

Lebensrettung.
Kaufmann und Juwelier Fritz Giltz in Lahr hat am 29. Juli 1930 den Kaufmann Georg Kühn aus der Schutter beim Familienbad in Lahr vom Tode des Ertrinkens gerettet. Für diese entschlossene und mutige Tat spreche ich dem Genannten hiermit die öffentliche Anerkennung aus.

Freiburg i. Br., den 17. Oktober 1930.
Der Badische Landeskommissar für die Kreise Freiburg, Lörrach und Offenburg:
Schwoerer.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen
Domänenabteilung

Planmäßig ange stellt:

Rangassistentin Hilba Lauer beim Domänenamt Karlsruhe.

Hochberger Sparkasse Emmendingen
(Öffentliche Sparkasse)

Bilanz per 31. Dezember 1929

Aktiva:	RM	Passiva:	RM
1. Kassenbestand	6 297,49	1. Spareinlagen	3 633 545,59
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Post-spedamt	87 478,48	2. Giro- und Kontoforrent-einlagen	401 855,13
3. Wechsel	468 911,02	3. Anlehens- und andere Schulden	57 052,49
4. Darlehen auf Hypothe-ten	1 841 842,63	4. Ausgaberrückstände . . .	11,50
5. Darlehen in laufender Rechnung	1 209 199,77	5. Aufwertungsfonto	138 307,20
6. Schuldscheindarlehen an Private	186 331,75	6. Rücklagen:	
7. Schuldscheindarlehen an Gemeinden u. öffent-lichen Körperschaften . . .	551 599,50	a) gesetzliche Rücklage auf 31. Dez. 28	247 036,56
8. Betriebskapital bei der Girozentrale	102 400,—	Zuweisung 1929	75 795,49
9. Einnahmerückstände . . .	33 071,65	b) Sonderrücklage für den Giro- u. Kontoforrent-verkehr	30 000,—
10. Grundstücke u. Gebäude .	69 701,—	7. Verfügbarer Überschuß .	23 230,41
11. Gerätschaften	1,—	8. Aufwertungs-berpflichtungen	1 714 081,69
12. Aufwertungsfor-derungen	1 714 081,69		
	<u>6 320 915,98</u>		<u>6 320 915,98</u>

Berechnung der Rücklage:

Die Rücklage hat sachungsgemäß zu betragen:
8% aus 4 035 400,71 RM = 322 832,05 RM
Sie beträgt auf 31. Dezember 1929 = 322 832,05 RM

Emmendingen, den 18. Oktober 1930. D. 980
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Hirt, Bürgermeister
Der Geschäftsleiter: S. Engler, Direktor

Öffentliche Sparkasse Wiesental

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen	RM	Schulden	RM
Kassenbestand	2 410,20	Spareinlagen	676 726,12
Darlehen auf Hypotheken .	520 141,59	Giroeinlagen	20 260,72
Darlehen auf Schuldscheine .	245 132,—	Aufwertungsseinlagen . . .	218 145,08
Darlehen in laufender Rech-nung an Private	24 747,89	Aufgenommene Kapitalien .	54 545,13
Verbandsbeiträge Betr. Kap. .	13 000,—	Rücklagen aus früheren Jahren	41 454,01
Aufwertungskapitalien	109 291,04	Reingewinn aus dem Jahr 1929	18 620,94
Verpflichtungen der bürge-ren Gemeinde	89 687,09		
Einnahmerückstände	23 891,33		
Inventarwert	600,95		
	<u>1 033 902,09</u>		<u>1 033 902,09</u>

Berechnung der Rücklagen

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8 Proz. aus Einlagebestand 996 996,93 RM = 55 758,88 RM
Sie beträgt am Schluß des Rechnungsjahres 1929 = 60 074,95 RM
Verfügbarer Überschuß = 4 316,07 RM

Wiesental, den 17. Oktober 1930.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Roth, Bürgermeister
Der Geschäftsleiter: Goffmann.

Der Gründer und Seniorchef unserer Firma, Herr

Gottlob Schneider

wurde uns im Alter von nahezu 74 Jahren nach längerer Krankheit heute durch den Tod entrissen.

Ein Vierteljahrhundert hat er mit Weitblick und nie ermüdender Hingabe die Geschicke unserer Firma geleitet. Seinem umfassenden Wissen und seiner unerschöpflichen Tatkraft verdanken wir die heutige Bedeutung unseres Unternehmens.

Sein schlichtes, lauterer Wesen und seine außergewöhnliche Schaffensfreude werden uns stets ein Vorbild sein.

ETTLINGEN, den 19. Oktober 1930. K. 667

G. Schneider & Söhne, G. m. b. H.

HYPOTHEKEN 509
erhalten Sie unt. günst. Bedingungen durch
JOSEPH LIEBMANN
Bankgesch., Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 221. Tel. 75 u. 76

Bekanntmachung.
Von der Ablösungsanleihe wurden für 1930 folgende Nummern ausgelöst:
Buchstabe A Nr. 40, 50, 53, 65, 149, 157, 206.
Buchstabe B Nr. 22, 50, 52, 97, 110, 148.
Der gesetzliche Auslösungsbetrag nebst 5 Proz. Zinsen wird von der Stadtkasse gegen Rückgabe der Ablösungsanleihe mit Auslösungsschein ausgezahlt. 10 Proz. Kapitalertragsteuer kommen von den Zinsen in Abzug.
Wiesloch, den 16. Oktober 1930.
Der Bürgermeister

Steinlieferung.
Das Badische Rheinbauamt Mannheim vergibt die Lieferung von 2100 cbm Rheinbausteinen I. und II. Klasse unter den üblichen Bedingungen auf Grund der Verbindungsordnung für Bauleistungen (Vob) vom Mai 1926 in 7 Losen. Losverzeichnis ist bei uns, solange Vorrat reicht, erhältlich. Eröffnung der Angebote Montag, den 3. November 1930, vorm. 10 Uhr auf dem Geschäftszimmer, Parading 89. Zuschlagsfrist 14 Tage.
Mannheim, 20. Okt. 30.
Karlsruhe. D. 982.
Güterverzeichniseinträge 1. In Band I Seite 484; Frank, Jakob, Materialverwalter, Karlsruhe, und

Verta geb. Reichenberg verw. Dahm. Vertrag vom 2. Oktober 1930. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau.
2. Seite 485: Dürr, Kurt, Kaufmann, Karlsruhe, und Amalie geb. Kiebele. Vertrag vom 7. August 1930. Gütertrennung. 13. Okt. 30.
3. Seite 486: Klingel, Alfred, Bankprokurist, Karlsruhe, und Waltraut geb. Stänglen. Vertrag vom 6. März 1930. Gütertrennung.
4. Seite 487: Könis, Adolf, Sattler, und Marie geb. Stahl. Vertrag vom 28. Mai 1930. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau.
5. Seite 488: Oettmannsberger, Georg Friedrich, Kellner, Karlsruhe, und Paula geb. Schottmüller. Vertrag vom 5. August 1930. Gütertrennung.
6. Seite 489: Baumann, Karl Eugen, Fuhrunternehmer und Sandgrubenbesitzer, Leutschneureut, und Lisette geb. Hecht. Vertrag vom 3. September

1930. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 17. Okt. 1930. Amtsgericht Karlsruhe.
Mittwoch, den 22. Okt. 1930



I. Sinfonieorchester
Leitung: Josef Krüps
Solistin: Mia Ginster (Sopran)
III. Sinfonie F-Dur
IV. Sinfonie G-Dur
Anfang 20. Ende 22. I. Rang u. I. Sperrstich 5 RM.

Do. 23. 10. Die Prinzessin und der Eintänzer. Fr. 24. 10. Die Jüdin. Sa. 25. 10. Zum erstenmal: Ad-vokat Patelin. Hierauf: Neueinstudiert: Der Diener zweier Herren. So. 26. 10. Nachm.: Der Waffenschmied Abends: Ballast. Im Rath's. Kleine Vorstellung. Lu. 27. 10. Die Nibelungen. Lu. II. Abt.

Druck G. Braun, Karlsruhe